

Bund behindert Politik-Unterricht

Seit Jahren hat der Bund ein Kässeli, mit dem er die politische Bildung an Berufsschulen unterstützen könnte. Und das ist gut gefüllt: Gut 63 Millionen Franken befanden sich 2021 darin.

Knapp die Hälfte wurde für verschiedene Projekte im Bereich der Berufsbildung – oder für «besondere Leistungen im öffentlichen Interesse», wie es im entsprechenden Artikel des Berufsbildungsgesetzes heisst, – ausgegeben. Dazu zählen etwa die Übersetzung von Lehrmitteln oder Berufsbildungsmessen. Die andere Hälfte wurde nicht einmal eingesetzt. **Und Projekte, die die politische Bildung fördern sollen? In die floss kein Rappen.** Und das während der letzten zehn Jahre.

Dabei wäre das bitter nötig. Denn: Studien zeigen, dass das politische Interesse, das politische Wissen und das Vertrauen in die Politik

und staatlichen Institutionen bei Schülerinnen und Schülern von Berufsschulen tiefer ist als von jenen an Gymnasien. Letztere beteiligen sich zudem viel häufiger an Abstimmungen.

Das sagt auch Politologin Cloé Jans vom Forschungsinstitut GFS. Sie führt seit Jahren die Easyvote-Studien durch, bei denen Menschen zwischen 15 und 25 Jahren zu ihrem Politikinteresse befragt werden. **In den zwei Pandemie-Jahren sei «die Schere zwischen Berufsschulen und Gymnasien nochmals auseinandergegangen»,** stellt Jans fest. «Ich habe aber das Gefühl, dass an den Berufsschulen eine gewisse Resignation herrscht.»

Bestrebungen, Projekte im Bereich der politischen Bildung durchzuführen, gab es durchaus. Fünf Anfragen sind in den letzten zehn Jahren beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und

Innovation (SBFI) eingegangen, wie dieses auf Anfrage mitteilt. Nur: Kein Projekt wurde je durchgeführt.

«Nach ersten Gesprächen zwischen den Anfragenden und dem SBFI wurde konkret nur eine Anfrage als Projektskizze eingereicht», sagt Tiziana Fantini vom SBFI. Aber auch dieses Gesuch ist nicht bewilligt worden.

Begründung: Den Projektvorschlag, der vom Dachverband der Schweizer Jugendparlamente (DSJ) eingereicht worden war, habe man nicht weiterverfolgen können, da man ihn als «Angebots- und Lehrmittelentwicklung» beurteilt habe.

Ein weiterer Grund, weshalb alle Anträge scheiterten: Es fehlte laut SBFI der konkrete Bezug zur Berufsbildung. Dieses Kriterium findet Christian Isler, Co-Geschäftsführer des DSJ, besonders unverständlich. «Politische Bildung ist für jeden Beruf wichtig», stellt er klar.



Nationalrätin Nadine Masshardt blieb mit ihrem Vorstoss erfolglos.



an Berufsschulen



Studien zeigen, dass das politische Interesse bei Berufsschülern tiefer ist als bei Maturanden.

Bestrebungen, die politische Bildung zu stärken, gibt es. **So wurde im Ständerat im Rahmen der aktuellen Legislaturplanung 2019–2023 die Wichtigkeit der politischen Bildung betont.**

Zuletzt reichte die Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt (38) einen Vorstoss ein, der wollte, dass der Bund politische Bildung an Berufsschulen stär-

ker fördert – jedoch ohne Erfolg. Vor allem von bürgerlicher Seite kam Widerstand.

In Bundesbern werde immer betont, wie wichtig die politische Bildung sei, so Isler. «Es wäre an der Zeit, dass auch mal etwas getan wird. Gerade in der heutigen Zeit, in der die Demokratie nicht selbstverständlich ist.»

SARA BELGERI